

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/XI-006/2022)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 21.03.2022, 15:04 Uhr bis 16:13 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
2.	Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration
3.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
3.1.	Angebotsenerweiterung im ÖPNV – Jahresticket für Geringverdienende – Antrag DLK1 Vorlage: 1170-2022/DaDi
3.1.1.	Angebotsenerweiterung im ÖPNV – Jahresticket für Geringverdienende – Änderungsantrag DLK1 Vorlage: 1236-2022/DaDi
3.2.	Unterdeckung der Heizkosten SGB II/SGBXII-Asylblg ausschließen – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos) Vorlage: 1177-2022/DaDi
3.3.	Förderung von Kindern suchtkranker Eltern – Antrag FDP Vorlage: 1179-2022/DaDi
3.4.	Kindertagespflege: Corona-Krankheitstage zusätzlich vergüten – Antrag FW/UWG Vorlage: 1187-2022/DaDi
3.5.	Erhöhung der Elternbeiträge zum Pakt für den Nachmittag verschieben – Antrag FW/UWG Vorlage: 1188-2022/DaDi
4.	Kenntnisnahmen

4.1.	Jahresbericht 2020 zu Arbeitsgelegenheiten Vorlage: 0552-2021/DaDi
4.2.	Quotenabrechnung für das 4. Quartal 2021 und die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 1. Quartal 2022 Vorlage: 1039-2022/DaDi
4.3.	Bericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten Vorlage: 1045-2022/DaDi
4.4.	Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan 2021 Vorlage: 1110-2022/DaDi
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Markus Crößmann	Vertreter für Abg. Paul, Anke
Frau Halima Gutale	ab TOP 2 (15:09 Uhr)
Herr Clemens Laub	
Frau Karin Spalt	
Frau Gabriele Winter	
Fraktion der CDU	
Frau Ann-Katrin Brockmann	
Herr Bürgermeister Sebastian Bubenzer	bis TOP 3.4 (15:59 Uhr)
Herr Bürgermeister Achim Grimm	
Herr Nils Zeißler	Vertreter für Abg. Baltes, Patricia
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Jochen Baumann	Vertreter für Abg. Seibold, Rainer
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Frau Fraktionsvorsitzende Claudia Schlipf-Traup	
Fraktion der AfD	
Herr Jörg Rinne	
Fraktion der FDP	
Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Dr.-Ing. Ingo Jeromin	Vertreter für Abg. Dr. Achilles, Albrecht
Fraktion der FW/UWG	
Herr Friedrich Herrmann	
Fraktion von Die Linke. und Klimaliste	
Frau Claudia Wedemeyer	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Maximilian Schimmel	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	
Kreisausschuss	
Frau Kreisbeigeordnete Christel Sprößler	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Herr Kreisbeigeordneter Dieter Emig	
Frau Kreisbeigeordnete Marita Keil	bis TOP 4.2 (16:08 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	
Frau Kreisbeigeordnete Christiane Krämer	
Frau Kreisbeigeordnete Dr. Margarete Sauer	
Herr Kreisbeigeordneter Christoph Zwickler	vor TOP 1 (15:06 Uhr)
Verwaltung	
Frau Madeline Götz	
Frau Mareen Hechler	
Herr Steffen Petry	
Frau Cornelia Schuster	

Abwesende
Fraktion der SPD
Frau Anke Paul
Fraktion der CDU
Frau Patricia Baltes
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen
Herr Rainer Seibold
Fraktion der FDP
Herr Dr. Albrecht Achilles

Stellvertretender Vorsitzender Grimm stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Stellvertretender Vorsitzender Grimm** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Änderungswünsche dazu werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 5. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Steffen Petry.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Frau Hechler weist auf die als Tischvorlage verteilte und der Niederschrift als Anlage 1 beigefügte Veranstaltungsinformation zum Online-Vortrag „Weil unfair gefährlich ist – Die Istanbul-Konvention in der kommunalen Arbeit gegen Gewalt“ am 23.03.2022 hin.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration**

Beschluss:

Stellvertretender Vorsitzender Grimm verweist auf die als Tischvorlage verteilte und als Anlage 2 zur Niederschrift beigefügte Präsentation „Flüchtlinge im Landkreis Darmstadt-Dieburg“.

Kreisbeigeordnete Spröbler berichtet zur aktuellen Lage von ukrainischen Flüchtlingen im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Sie teilt mit, dass sich derzeit über 1.000 Flüchtlinge aus der Ukraine im Landkreis Darmstadt-Dieburg befinden und in der Ausländerbehörde registriert sind. Diese Personen konnten überwiegend bei Freunden, Bekannten und Verwandten unterkommen oder über die 23 Städte und Gemeinden in Privatunterkünfte vermittelt werden.

Seit Freitag (18.03.) gibt es erste Zuweisungen aus der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung. Angekündigt wurde eine Zuweisung von ca. 340 Geflüchteten. Davon konnten 50 Personen in der Gemeinschaftsunterkunft der Gemeinde Alsbach-Hähnlein untergebracht werden. Für mehr als 290 Personen wurden zunächst zwei Sporthallen in Weiterstadt (Dr. Horst-Schmidt-Halle und ADS-Halle) zur Unterbringung eingerichtet. Die Betreuung der Personen übernehmen das Rote Kreuz und die Johanniter. Allen Geflüchteten kann ein Impfangebot unterbreitet werden und die medizinische Versorgung wird sichergestellt. Ein Caterer, ein Sicherheitsdienst sowie Reinigungsdienstleistungen wurden beauftragt. Bisher sind 98 Personen in der Sporthalle untergebracht worden. Die Unterbringung in der Sporthalle soll möglichst kurzzeitig erfolgen. Derzeit wird eine Nutzungsänderung des Impfzentrums Pfungstadt in eine Gemeinschaftsunterkunft vorbereitet. Weiterhin wird nach der Erstaufnahme für die zugewiesenen Familien eine private Unterbringung durch Vermittlung der Kommunen vor Ort angestrebt.

Weiter erläutert **Kreisbeigeordnete Spröbler** den rechtlichen Status der ukrainischen Flüchtlinge und teilt mit, dass ukrainische Staatsangehörige für Kurzaufenthalte (bis zu 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen) visumfrei in die EU einreisen und somit auch nach Deutschland einreisen können. Ukrainische Flüchtlinge müssen für die Ausstellung eines Aufenthaltstitels keinen Asylantrag stellen und somit kein Asylverfahren durchlaufen. Voraussetzung ist eine Anmeldung beim zuständigen Einwohnermeldeamt sowie die Vorsprache bei der Ausländerbehörde. Diese sorgt für einen sicheren Aufenthaltstitel, medizinische Versorgung und den Zugang zu Schule und Arbeitsmarkt.

Kreisbeigeordnete Spröbler teilt mit, dass davon auszugehen ist, dass sich die Zahl von Zuweisungen mit Ausbruch des Krieges von 20 bis 30 auf ca. 130 Zuweisungen pro Woche erhöhen wird. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat eine Arbeitsgruppe zur Organisation der Flüchtlingssituation einberufen.

Fragen werden beantwortet.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 1170-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Angebotsenerweiterung im ÖPNV – Jahresticket für Geringverdienende – Antrag DLKI**

Beschluss: **abgelehnt**

Stellvertretender Vorsitzender Grimm teilt mit, dass der Änderungsantrag der Fraktion von Die Linke. und Klimaliste unter Tagesordnungspunkt 3.1.1 (Vorlage-Nr. 1236-2022/DaDi) den Ursprungsantrag ersetzt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen den RMV Tarif für das vergünstigte Jahresticket zu erweitern und wie folgt anzupassen:

Künftig sollen auch Geringverdienende von dem Angebot des 1,00 € Ticket profitieren und für die regelmäßige Nutzung des ÖPNV 365,00 € im Jahr zahlen. Eine Einkommensgrenze ist noch zu definieren.

Beschluss zu TOP 3.1.1.

Vorlage-Nr.: 1236-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Angebotsenerweiterung im ÖPNV – Jahresticket für Geringverdienende – Änderungsantrag DLKI**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss soll beauftragt werden Gespräche mit dem RMV und dem Land Hessen aufzunehmen und die Einführung eines Tickets für Geringverdienende im RMV-Gebiet zu fordern.

Künftig sollen auch Geringverdienende, für die eine Einkommensgrenze noch zu definieren wäre, von dem Angebot des 1,00 € Ticket profitieren und für die regelmäßige Nutzung des ÖPNV 365,00 € im Jahr zahlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW/UWG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
DLKI	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 1177-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Unterdeckung der Heizkosten SGB II/SGBXII-Asylblg ausschließen – Antrag
Abg. Bischoff (fraktionslos)**Beschluss: **abgelehnt****Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag Darmstadt Darmstadt beschließt, dass das kommunale Jobcenter Darmstadt Dieburg KFB Unterdeckung- das Sozialamt Da/Di – die Ausländerbehörde Da/Di bei den Heizkosten Unterdeckungen bei den Heizkosten nach § 22,1 SGB II – und §35.1. SGB XII und erst recht aufgrund des Sozialschutzpaktes § 67 Abs.3 SGB II und § 141 Abs 3 SGB XII ausschließt und alle Kosten übernommen werden.
2. Der Kreistag Darmstadt Dieburg beschließt dass auch bei den Haushalten, wo schon zu vor wegen Unangemessenheit die Heizkosten gekürzt wurden, diese evtl. Nachforderungen in voller Höhe übernommen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW/UWG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
DLKI	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 1179-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Förderung von Kindern suchtkranker Eltern – Antrag FDP**

Beschluss: **zurückgestellt**

Kreisbeigeordnete Sprößler schlägt vor, den Antrag bis zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales am 12.09.2022 zurückzustellen. Der Kreisausschuss wird eine Auswertung zu diesem Thema erarbeiten und dem Ausschuss vorlegen.

Stellvertretender Vorsitzender Grimm stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales erhebt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss legt einen Bericht vor, der den Sachstand sowie den Förderbedarf für Kinder darstellt, deren Eltern oder Elternteile längerfristig sucht- oder psychisch krank sind.

Der Bericht soll u.a. dem Jugendhilfeausschuss zur Diskussion vorgelegt werden.

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 1187-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Kindertagespflege: Corona-Krankheitstage zusätzlich vergüten – Antrag FW/UWG**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

An durch eine Covid-19-Infektion verursachten Krankheitstagen von Kindertagespflegepersonen werden die vereinbarten Leistungen des Landkreises an die jeweils betroffene Kindertagespflegeperson weitergezahlt. Sie werden nicht auf die in § 4 der "Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Landkreis Darmstadt-Dieburg" festgelegten Krankheitstagen angerechnet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW/UWG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
DLKI	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 1188-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Erhöhung der Elternbeiträge zum Pakt für den Nachmittag verschieben – Antrag FW/UWG**Beschluss: **abgelehnt****Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Erhöhung der von den Eltern zu erbringenden Beiträge im Pakt für den Nachmittag zunächst zurückzunehmen und durch eine stufenweise Anhebung um jeweils 10 Euro zum Beginn der Schuljahre 2024/25 und 2025/26 zu ersetzen. In gemeinsamen Beratungen mit der Vertretung der Schulleitungen und der Eltern sollen Wege gesucht werden, wie gewährleistet werden kann, dass sich alle Familien den Pakt für den Nachmittag leisten können und auch solche Familien unterstützt werden, die zwar bisher keine staatlichen Leistungen aus dem SGB II, XII o.ä. erhalten, für die die vorgesehenen Erhöhungen aber besondere Härten bedeuten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW/UWG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
DLKI	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.: 0552-2021/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Jahresbericht 2020 zu Arbeitsgelegenheiten**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Hinweis: Die Vorlage (Kenntnisnahme) wurde in der Amtszeit von Frau Lück erstellt.

Frau Kreisbeigeordnete Lück gibt dem Kreisausschuss den Jahresbericht 2020 zu Arbeitsgelegenheiten gem. § 16d Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.2.

Vorlage-Nr.: 1039-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Quotenabrechnung für das 4. Quartal 2021 und die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 1. Quartal 2022**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Sprößler gibt die Quotenabrechnung aufzunehmender Geflüchtete für das 4. Quartal 2021 sowie die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 1. Quartal 2022 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.3.

Vorlage-Nr.: 1045-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Nachfrage der **Abg. Hoffmann-Maier** (Grüne) gibt **Landrat Schellhaas** zu Protokoll, dass die Jahresquote der Schwerbehinderten Beschäftigten der Kreisverwaltung und seiner Eigenbetriebe im Jahre 2020 bei 9,93 Prozent lag. Die Quote für das Jahr 2021 liegt derzeit noch nicht vor.

Frau Kreisbeigeordnete Sprößler gibt den Jahresbericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten für das Jahr 2021 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.4.

Vorlage-Nr.: 1110-2022/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan 2021**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Dem Kreistag wird der Bericht des Frauenförder- und Gleichstellungsplans gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGlG) für das Jahr 2021 vorgelegt.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Stellvertretender Vorsitzender Grimm schließt die Sitzung um 16:13 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 25.03.2022

Für die Ausfertigung

gez. Achim Grimm
Achim Grimm
Stellvertretender Vorsitzender

gez. Steffen Petry
Steffen Petry
Schriftführer